Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7968.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 45. Sonnabend, den 6. November 1915. 19. Jahrgang.

Der Staatsgedanke und die Organisationen.

I.

Gerade in der Gegenwart, in der der moderne Staatsgedanke eine Stärke erreicht hat wie nie zuvor, bietet es ein gewisses Interesse, auf die Entwicklung hinzuweisen, die dieser Gedanke in den letzten zwei Jahrhunderten durchgemacht hat. Der spätmittelalterliche Staat mischte sich in alle Lebensverhältnisse seiner Angehörigen, er suchte alles durch kleinliche Vorschriften, die von einer scharfen Kontrolle begleitet waren, zu regeln, und durch eine bis auf die Spitze getriebene Bevormundung engte er die Bewegungsfreiheit der einzelnen Menschen ein. Offenbar sah er in den Menschen entweder wilde Tiere, die mit dem Polizeiknüppel im Zaume gehalten werden mußten, oder unmündige Kinder, die ein Gängelband nötig hätten. Von einer freien, selbsttätigen Mitwirkung der Staatsbürger an den öffentlichen Angelegenheiten konnte keine Rede sein, und selbst in die privaten Angelegenheiten steckte Vater Staat seine Nase.

Als der moderne Kapitalismus auf der Bildfläche erschien, brauchte er Ellenbogenfreiheit, um sich ausdehnen zu können. Darum zerbrach er alle Fesseln und Schranken und suchte den Staat seiner Macht zu entkleiden. **An die Stelle der Staatsallmacht sollte die Staatsohnmacht treten:** der Staat sollte sich jeglichen Eingreifens in das Getriebe des Wirtschaftslebens enthalten und dem freien Spiel der Kräfte Raum geben, er sollte sich darauf beschränken, für die öffentliche Ordnung zu sorgen und gemeinschädliche Einflüsse abzuwehren. Er sollte, um ein Wort Lassalles zu gebrauchen, die Rolle des Nachtwächters spielen, im übrigen aber sollte sich jeder Staatsbürger auf seine eignen Füße stellen und die Verantwortung für sein Tun und Lassen selbst tragen. Ja, es traten sogar Männer auf, die den Staat abschaffen wollten, weil sie in ihm den Feind des Einzelmenschen und das Grab der persönlichen Freiheit erblickten. Das Selbstbestimmungsrecht und die schrankenlose Bewegungsfreiheit des einzelnen wurde gefordert, kein Staat und keine Organisation sollte das Recht haben, die Menschen in ihrem Tun und Lassen zu beschränken. Im Gebiete des wirtschaftlichen Lebens wurde die schrankenlose Konkurrenz, das freie Spiel der Kräfte, als das Ideal bezeichnet, und im Gebiete der Politik galt die Selbstverwaltung der Bürger als das erstrebenswerte Ziel. Der Philosoph Kant meinte, daß das Wohl des einzelnen und das Gedeihen der Gesamtheit am besten gefördert werde, wenn die Obrigkeiten sich möglichst wenig um die öffentlichen Angelegenheiten kümmerten, der Schriftsteller Wilhelm v. Humboldt vertrat mit Begeisterung den Standpunkt, daß sich der Staat darauf beschränken müsse, die Bürger gegen Angriffe von innen und außen sicherzustellen, und der bedeutendste Staatsmann jener Tage, Freiherr vom Stein, erklärte sich gegen das zudringliche Eingreifen der Statsbehörden in die Angelegenheiten der Gemeinden und der Privatleute. Der Anarchist Stirner ging noch weiter, indem er jede Autorität verneinte und die Selbstherrlichkeit des Individuums predigte. Am schärfsten wandte sich Nietzsche gegen den Staat, den er den neuen Götzen nennt, der gestürzt werden müsse: „Der Staat ist das kälteste aller kalten Ungeheuer. Er lügt in allen Zungen des Guten und Bösen, und was er auch redet, er lügt, und was er auch hat, gestohlen hat ers. Falsch ist alles an ihm, mit gestohlenen Zähnen beißt er, der Bissige, falsch sind selbst seine Eingeweide. Der Staat ist der Tod der Völker, der langsame Selbstmord des Lebens." Darum fordert Nietzsche die Menschen auf, den Staat zu zerbrechen, wie man blinde Fensterscheiben zerbricht, und ins Freie zu springen, denn dort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch. Ganz folgerichtig wandte sich jene Zeitströmung nicht nur gegen den Staat als die machtvollste Organisation, sondern sie lehnte jegliche Organisation rundweg ab. Die Bewegungsfreiheit des Einzelmenschen sollte in keiner Weise beschränkt werden, weshalb es als ein Verbrechen betrachtet wurde, wenn sich ein Mensch mit seinesgleichen zur Erreichung gemeinsamer Zwecke zusammentat. Der individualistische Gedanke, der die Menschen als Atome betrachtet, die sich anziehen und abstoßen, hatte den Sieg auf der ganzen Linie errungen.

Aber schon machten sich Gegenströmungen bemerkbar. Zunächst erschien der moderne Sozialismus auf der Bildfläche, der den organischen Gedanken vertrat gegenüber dem staats- und organisationsfeindlichen Kapitalismus. Die Proletarier hatten es am eignen Leibe verspürt, wohin die freie Konkurrenz, das Nichteingreifen des Staates und die Organisationslosigkeit im Wirtschaftsleben geführt hatte, und die fortgeschrittensten unter ihnen forderten dringend ein Eingreifen der Staatsgewalt in das Getriebe der Gütererzeugung und Güterverteilung, damit in den kapitalistischen Wirrwarr Ordnung gebracht werde. Die Sozialdemokraten wurden begeisterte Anhänger des Staatsgedankens, es schwebte ihnen ein starker Staat als Ideal vor, der nicht nur die öffentlichen Angelegenheiten rechtlicher Art verwalten, sondern auch das Wirtschaftsleben nach sozialistischen Gesichtspunkten regeln sollte. Es entwickelte sich geradezu in manchen Köpfen ein fanatischer Glaube an die Allmacht des Staates, und es gab für diese Leute bald kein Gebiet mehr, das nicht unter staatliche Verwaltung und Kontrolle gestellt werden sollte. Von einer Mitwirkung freier Organisationen war keine Rede mehr, der Staat sollte eben alles machen. Eine solche offenbare Ueberspannung des Staatsgedankens, die fast wie ein Rückfall in den mittelalterlichen Polizeistaat anmutet, mußte notwendigerweise den Widerspruch aller freiheitlich gesinnten Menschen hervorrufen, die in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate das Grab der persönlichen Freiheit erblickten. Allmählich klärten sich dann die Ansichten, und es wurden Stimmen laut, die für eine mittlere Linie eintraten zwischen der Verneinung des Staates, wie sie der Kapitalismus forderte, und dem Zwangsstaate, wie er von manchen Sozialdemokraten gefordert wurde. Es dämmerte die Ueberzeugung auf, daß es doch auch zahlreiche Angelegenheiten gibt, die besser der freien Tätigkeit von Organisationen überlassen werden. Der Gegensatz zwischen Staatshilfe oder Selbsthilfe wurde aufgelöst in die höhere Einheit: Staatshilfe und organisierte Selbsthilfe.

Natürlicherweise konnte sich die Sozialdemokratie niemals für den bestehenden Staat begeistern, da dieser sich als Klassenstaat gebärdete, indem er die Versuche des Proletariats, das Joch des Kapitalismus abzuschütteln, in der rücksichtslosesten Weise unterdrückte, während er dem Kapital die schrankenloseste Ausbeutungsfreiheit gewährte. Darum richtete sich der proletarische Kampf in allererster Linie und fast ausschließlich gegen den Klassenstaat, der durch einen Volksstaat ersetzt werden müsse, in dem die große Masse der Bürger das ausschließliche Bestimmungsrecht haben sollte. Diesen demokratisch-sozialistischen Staat wollte man auf dem Wege des politischen Kampfes durchsetzen, weshalb die politische Organisation und das allgemeine gleiche Wahlrecht als die wichtigsten Kampfmittel gelten. Für wirtschaftliche Organisationen: Gewerkschaften und Genossenschaften, blieb bei einer derartigen Auffassung natürlich kein Raum mehr, und in der Tat spitzte sich damals der Kampf einzig und allein auf die Erringung der politischen Macht zu. Im Laufe der Zeit tauchten aber Zweifel auf, ob überhaupt ein Staat ohne Klassencharakter möglich sei, und es gab Soziologen, die die Ansichten vertraten, daß ein jeder Staat seiner inneren Natur nach Klassenstaat sein müsse, da er auf der Herrschaft der Oberen über die Unteren beruhe. Diese Leute behaupteten, daß der Staat lediglich der Inbegriff aller jener Einrichtungen sei, die den Zweck verfolgten, die Herrschaft der Minderheit eines Volkes über die Mehrheit festzusetzen und zu erhalten. Sie wiesen zur Begründung dieser Behauptung auf die Geschichte hin, die uns lehre, daß überall die Starken die Schwachen unterjocht und ausgebeutet hätten. So sei denn das Recht entstanden als der Ausdruck der Ungleichheit und der Staat als die Organisation des Unrechts. Der sogenannte Rechtsstaat sei zu allen Zeiten ein Machtfaktor gewesen, der seine Macht dazu verwende, die Unterdrückten im Zaume zu halten und den Unterdrückern den Rücken zu stärken. Hierin beruhe das Wesen des Staates, und darum habe es keinen Zweck, den kapitalistischen Staat durch einen sozialistischen zu ersetzen, denn auch in dem Zukunftsstaate würden die Geschickteren und Gerisseneren die Massen zu ihren selbstsüchtigen Zwecken ausnutzen. Dieser Gedankengang blieb nicht ohne Einfluß, und man sprach in manchen Kreisen nicht mehr von einem sozialistischen Staat, sondern von einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft, das heißt, man vertauschte einen klaren Ausdruck mit einem unklaren, der nichts besagt.

Keine Erwägungen — Taten!

Von Heinrich Cunow.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sich vor einigen Tagen erneut an den Reichskanzler mit einer Zuschrift gewandt, in der sie unter Hinweis auf die zunehmende Preissteigerung einer Reihe der notwendigsten Lebensmittel energische Maßnahmen gegen die überhandnehmende Preistreiberei fordern. Dieser Appell an die Reichsregierung ist dringend nötig! Die Zeit der ewigen Bedenken und Erwägungen ist vorbei. Nicht nur die Volksinteressen, die eigenen Interessen des Staates als kriegführende Macht verlangen, daß endlich mit dem System des Zauderns und der fortgesetzten Unschlüssigkeit gebrochen und jenen Interessencliquen entgegengetreten wird, deren geflissentlich zur Schau getragener gespreizter Patriotismus sie nicht hindert, die gegenwärtige Notlage gewissenlos zur Füllung ihrer Taschen auszunutzen. Der Winter naht heran und zwingt zur Einschränkung, zur Stillsetzung mancher Arbeiten, bei denen bisher Hunderttausende ihren Verdienst fanden, während anderseits die rauhe Witterung dringend allerlei Neuanschaffungen fordert. **Was soll werden, wenn in den kommenden Wintermonaten die Preise der unentbehrlichsten Nahrungsmittel auf ihrem jetzigen Stand bleiben oder gar in gleicher Weise weitersteigen, wie sie in den letzten Wochen gestiegen sind?** Nicht deshalb gestiegen sind, weil, wie eine gewisse Presse beschönigend behauptet, die Produktionskosten plötzlich enorm zugenommen haben, sondern infolge wucherischer Gewinnspekulanten — wofür den besten Beweis die einfache Tatsache liefert, daß in nahe beieinander gelegenen Gegenden und Orten, in denen die Produktions- und Transportkosten die gleichen sind, ganz verschiedne Preise gefordert werden.

Durch eine gewisse Organisation des Konsums und die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes, das sich willig in alle der Streckung der vorhandenen Lebensmittelvorräte dienenden Verordnungen fügte, deren Notwendigkeit es erkannte, ist der Aushungerungsplan Englands bisher zuschanden geworden; soll jetzt der vielgerühmte **„Wille zum Durchhalten" daran scheitern, daß gewisse Interessen- und Spekulantengruppen die Gelegenheit für gekommen halten, durch Preistreiberei sich Extra-Kriegsprofite zu verschaffen?** So willig die ärmere Volksmasse sich trotz ihrer Entbehrungen bisher in alle Aenderungen ihrer Lebensverhältnisse gefunden hat, die sie für nötig und unvermeidlich im Interesse des Ganzen hielt, so wenig ist sie geneigt, zu darben und zu hungern, nur damit skrupellose Lebensmittelproduzenten und -händler desto größere Gewinne einzusäckeln vermögen.

Das Ertragen der Lebensmittelverteuerung hat seine Grenzen — und diese Grenzen sind erreicht, wenn das Volk mehr und mehr die Ueberzeugung gewinnt, daß es nicht unvermeidliche und unabwendbare Kriegsfolgen sind, die es zu Entbehrungen verurteilen, sondern verbrecherischer Wucher, und daß sich die Teuerung leicht mildern ließe, wenn nur oben an den sogenannten maßgebenden Stellen mehr Entschlußkraft, Energie und Organisationstalent, weniger Rücksichtnahme auf die Gewinnansprüche bestimmter Interessencliquen beständen. So einsichtslos sind die deutschen Arbeiter, Kleinhandwerker, Unterbeamten und Angestellten nicht, daß sie gar nicht merkten, wie so mancher Kriegsmaterialienlieferant, Großgrundbesitzer, Bauer, Aufkäufer usw. infolge rücksichtsloser Ausnutzung der „Kriegskonjunktur" enorme Reichtümer aufsammelt, während ihre eigne Lebenshaltung durch die Teuerung tiefer und tiefer herabgedrückt wird. Wer Verständnis für die Volksseele hat, dem kann es nicht entgangen sein, wie in den letzten Wochen sich nicht bloß in den ärmeren Volksschichten, sondern bis tief in die Mittelschichten hinein ein gefährlicher Umschwung der Stimmung vollzieht und man dort heute ganz anders über die Leistungen „der da oben" urteilt, wie noch vor einem Viertel oder halben Jahr.

Es muß unbedingt energischer gegen den Lebensmittelwucher eingeschritten werden, mögen immerhin manche größeren und kleinen Spekulantengruppen Jeremiaden über die Verletzung ihrer sogenannten berechtigten Interessen und des Prinzips der Handelsfreiheit anstimmen. Verordnungen, wie die jüngsten Strafandrohungen gegen den Lebensmittelwucher oder die Einsetzung von Preisprüfungsstellen haben so, wie sie beschaffen sind, wenig Zweck, leidet doch die letztgenannte Maßregel von vornherein daran, daß sie die Preistreiberei ausschließlich dort sucht, wo sie nur zum kleinsten Teil steckt: im Kleinhandel, während sie tatsächlich am stärksten in der landwirtschaftlichen Produktion auftritt. Soll die Verordnung wirklich nützen, dann muß eine Reichsaufsichtsbehörde über den Lebensmittelverkehr eingesetzt werden, deren Aufgabe es wäre, zunächst durch Prüfungskommissionen schleunigst in den verschiedenen Gegenden die Produktionskosten der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse festzustellen und zu untersuchen, wie und in welcher Weise diese Erzeugnisse in ihrem weiteren Lauf bis zum Konsumenten durch den Zwischenhandel verteuert werden. Auf Grund solcher Feststellung der Erzeugungskosten müßten dann Richtpreise für das ganze Deutsche Reich festgesetzt werden, nach welchen in den verschiedenen Landesteilen gemäß den besonderen örtlichen Verhältnissen die Kommunen oder noch besser größere Kommunalverbände die örtlichen Groß- und Kleinhandelspreise zu normieren hätten — natürlich innerhalb bestimmter Preisgrenzen und, damit nicht örtliche Willkür nach Belieben schalten und walten kann, unter Oberaufsicht der genannten Reichsbehörde.

Statt aber von der landwirtschaftlichen Produktion auszugehen und als Basis für die örtlichen Verkaufspreisfestsetzungen Erzeugungsrichtpreise zu normieren, geht die Bundesratsverordnung an der Untersuchung der Produktionskosten und der von den landwirtschaftlichen Produzenten eingesteckten großen Produktionsgewinne ganz vorüber und beginnt diese Nachprüfung erst bei den Preisen auf den städtischen Lebensmittelmärkten. Gemeinden von weniger als 10 000 Einwohnern, also die Gutsbezirke, Dorfschaften, kleinen Ackerstädte, sind gar nicht zur Einsetzung von Prüfungsstellen verpflichtet. Wohl dürfen auch kleinere Gemeinden, wenn sie wollen, solche Prüfungsstellen einrichten, und ferner können die Landeszentralbehörden, falls sie es für nötig erachten, kleine Ortschaften (auch Gutsbezirke und Dörfer) zu Kommunalverbänden zusammenschließen und in diesen die Errichtung einer Preisprüfungsstelle vornehmen. Doch irgendwelcher Zwang besteht nicht. Und selbst wenn es in einzelnen Fällen geschieht, haben diese Prüfungsstellen nicht das Recht, die Produktionsgewinne zu untersuchen. Nach § 4 der betreffenden Verordnung haben sie lediglich den Handel und die Einhaltung etwaiger Vorschriften über Höchstpreise zu überwachen und nur zu prüfen, inwieweit die Verkaufspreise der „Grundlage der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und sonstigen Gestehungskosten" nach den örtlichen Verhältnissen „angemessen" sind. Der vom landwirtschaftlichen Produzenten verlangte Erzeugungspreis untersteht demnach nicht der Nachprüfung; er gilt einfach als gegeben, als „Grundlage" der Untersuchung.

Zudem fehlt in der Verordnung ein ausreichendes Recht der Beschlagnahme. Zwar können die Gemeinden unter Umständen nach Einholung der Zustimmung der Landesbehörden zur Beschlagnahme vom Markt zurückgehaltener Vorräte schreiten, aber nur innerhalb ihrer eignen Bezirke. Beschlagnahmen in den Gutsbezirken oder den außerhalb der eignen Gemeindegrenzen liegenden ländlichen Ortschaften vornehmen zu lassen, haben sie keinerlei Machtmittel. Findet eine Gemeindeverwaltung in ihrem eignen Bezirk keine zurückgehaltenen Vorräte, dann muß sie eben auf die Beschlagnahme verzichten und die Preise bezahlen, die die ländlichen Produzenten verlangen.

So wie die Preisprüfungsstellen beschaffen sind, sind sie daher nichts als Auskunfts- und Beratungsstellen für die Gemeindebehörden. Ihr Vermögen der Preisbeeinflussung bricht sich allenthalben an den Schranken der Gemeindegrenzen. Weder die Produktion der Nahrungsmittel, noch die Weiterverarbeitung in Molkereien, Mühlen und sonstigen Verarbeitungsbetrieben, noch auch der Umsatz im Großhandel vollziehen sich aber heute im Machtbereich einer und derselben Gemeinde. **Nur eine einheitliche Regelung für das ganze Staatsgebiet kann helfen.**

Und wie mit dieser steht es mit andern Verordnungen. Warum wird zum Beispiel nicht zum Zweck der Kartoffelversorgung eine Reichsverteilungsstelle eingerichtet, die die vorläufige Gesamtbeschlagnahme aller in landwirtschaftlichen Betrieben und Kartoffelhandlungen vorhandenen Vorräte verfügt und nach Befund bestimmte Mengen und Qualitäten für den menschlichen Verbrauch festsetzt, das übrige aber zur Herstellung von Trockenprodukten und zur Verfütterung an Nutzvieh freigibt? Warum sollen ferner nach der Verordnung nur Kartoffelvorräte zur Beschlagnahme herangezogen werden, die solchen Landwirten gehören, welche mindestens 10 Hektar ihres Grundbesitzes mit Speisekartoffeln bebaut haben; und weshalb darf die Beschlagnahme höchstens 10 Prozent der auf dieser Anbaufläche gewonnenen Ernte betragen? Man komme nicht mit dem Einwand, die Schwierigkeiten einer andern Regelung wären zu groß. Wenn jetzt in Polen, einem zum Teil verwüsteten, feindlichen, provisorisch verwalteten Lande eine Gesamtbeschlagnahme und allgemeine Verteilung der Kartoffelernte möglich ist, dann sollte

sie im Deutschen Reich mit einem großen sicheren Verwaltungsapparat nicht durchführbar sein?

Noch weit leichter wäre eine Milderung der heutigen Milchnot. Nicht der Mangel an Kraftfutter ist, wie behauptet wird, die Ursache der Milchteuerung — an Kraftfutter, besonders an Futterkleie, fehlte es im Frühjahr weit mehr als heute —, sondern die Zurückhaltung der Milch vom Markt und ihre Verwendung zur Viehmast, vornehmlich zur Mästung der Schweine. Man verbiete bei hohen Strafen die Verfütterung von Milch sowie ihre Verwendung zur Herstellung von Schokolade, feinen Backwaren, Näschereien usw., und es wird sicher alsbald in den meisten deutschen Gegenden die Milchnot nachlassen.

Selbst die Fleischteuerung würde, so verfahren heute infolge wiederholter verkehrter Anordnungen die ganze Fleischversorgung ist, sich wesentlich mildern, **wenn sich die Reichsregierung zur Einführung von Fleischkarten nach dem System der Brotkarte entschließen könnte** und den Fleischern — ebenfalls unter Androhung hoher Strafen — verboten würde, anders als gegen solche Karten Fleisch zu verabfolgen. Den Unbemittelten würde zwar diese Fleischverbrauchsregelung zunächst wenig nützen; sie könnten meist gar nicht jenes Fleischquantum kaufen, das ihnen die Fleischkarte gestattete, aber der noch immer sehr starke Fleischkonsum der Wohlhabenden würde dadurch wesentlich eingeschränkt werden, und nach und nach würde die hierdurch hervorgerufene verringerte Nachfrage die Preise drücken.

Es ist nichts als faule Ausrede, wenn behauptet wird, die heutige Lebensmittelteuerung wäre eine unvermeidliche Folge des großen Krieges, die sich nun mal nicht abwehren ließe. Gewiß, in ihrem ganzen Umfange läßt sich die Teuerung nicht verhindern, wohl aber lassen sich ihr auf vielen Gebieten Schranken setzen — freilich ohne Eingriffe in das Gewinninteresse gewisser Produzenten- und Spekulantengruppen geht das nicht! Der Pelz läßt sich nicht waschen, wenn er nicht naß gemacht werden soll. Aber das Volksinteresse steht über den Cliqueninteressen. Woran es fehlt, ist nur die nötige Energie zum Durchgreifen!

Die Not der Kriegermütter.

Nach einer Zeitungsnotiz ist damit zu rechnen, daß die Reichsunterstützung für Kriegerfamilien für die Monate November bis einschließlich April auf 15 Mk. für Kriegerfrauen und auf 7.50 Mk. für die übrigen unterstützungsbedürftigen Personen pro Monat erhöht wird. Dabei wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Erhöhung nicht etwa die Gemeinden zur Herabsetzung der ihrerseits gewährten Unterstützungen veranlaßt.

Wenn die Gemeinden, die bisher Zuschüsse in gleicher Höhe der Reichsunterstützung gewährten, nun auch entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze eintreten lassen, so ist den Familien der Kriegsteilnehmer in diesen Orten wenigstens in geringem Maße Erleichterung ihrer Lebenshaltung geschaffen. Von der Unterstützung allein kann auch dann nur in den seltensten Fällen gelebt werden. Wo die Gemeinden nur geringe oder gar keine Zuschüsse zahlen, ist davon gar keine Rede. Ganz allgemein ist namentlich in den Familien, wo der Mann schon längere Zeit Kriegsdienste leistet, die Not recht groß.

Das ist weiten Bevölkerungsschichten auch bekannt. Wenn die große Anteilnahme an dem Los der Kriegerfamilien, die in den ersten Kriegswochen zum Ausdruck kam, auch erheblich nachgelassen hat, so ist sie dennoch immer noch so stark, daß es Erstaunen auslösen muß, zu sehen, daß einer besonderen Gruppe Angehöriger von Kriegsteilnehmern so wenig Beachtung geschenkt wird.

Es sind das die Angehörigen unverheirateter Kriegsteilnehmer, vor allen Dingen ihre Mütter.

Diese erhalten ohne Rücksicht auf die Zahl der Söhne, die sie im Felde haben, vom Reich eine monatliche Unterstützung von 6 Mk. (vom 1. November ab 7.50 Mk.) und im günstigsten Falle von den Gemeinden den gleichen — manchmal einen etwas höheren Betrag — und schließlich noch eine geringe Mietsunterstützung. Das ist aber auch alles. Der gesamte Betrag deckt in den meisten Fällen noch nicht einmal die Wohnungsmiete.

Den Kriegerfrauen wird eine höhere Unterstützung gewährt in der Voraussetzung, daß ihnen und den Kindern durch Einziehung des Gatten und Vaters der Haupternährer, ja oftmals der alleinige Ernährer genommen ist. Aber auch den alleinstehenden Müttern unverheirateter Kriegsteilnehmer ist vielfach dadurch jegliche Einnahme abgeschnitten. Diese Frauen sind dann in einer ganz besonderen Notlage. Sie befinden sich meist in vorgeschrittenem Alter und waren in der Regel früher nicht erwerbstätig. Für sie ist es deshalb besonders schwierig, sich durch Erwerbsarbeit Einnahmen zu verschaffen.

In den Arbeiterfamilien zahlen die erwachsenen Kinder für Kost, Wohnung, Wäsche usw. einen bestimmten Betrag. Dieser ist meist so bemessen, daß er im Einzelfalle nicht eine Bezahlung der Arbeit der Mutter oder eine Unterstützung an sie bedeutet. Wo aber mehrere Familienangehörige in dieser Weise zusammen wirtschaften, hatte auch die Mutter ihr Auskommen, und die Familie konnte sich sogar die Annehmlichkeiten einer größeren Wohnung verschaffen. Den Müttern mehrerer erwachsener Kinder blieb bei ihrer Arbeit für diese und für die Wirtschaft gar keine Zeit für Nebenverdienst übrig. Für Kleidung sorgten die Kinder gemeinsam, so daß für die Mütter auch gar keine Notwendigkeit dazu gegeben war.

Nun stehen nicht selten mehrere Söhne einer Familie im Felde, und die Mütter sind mit einem Schlage jeglicher Mittel beraubt. Außerdem haben sie vielfach noch eine größere Wohnung auf dem Halse. Besondere Unterstützungen zu erhalten ist nicht so einfach, einmal, weil die Fonds dafür sehr zusammengeschmolzen sind, und weiter, weil der Nachweis schwer zu erbringen ist, daß die Kinder die Mütter unterstützt haben. Das, was im Einzelfalle gezahlt worden ist, war eben, absolut genommen, keine Unterstützung, sondern nur Erstattung der durch sie entstandenen Kosten. Praktisch wirkte es aber wie eine Unterstützung, besonders in größeren Familien.

Letztlich, vielleicht noch schlimmer, wirken die Bestimmungen der Militär-Hinterbliebenenversorgung. Hier ist die Gewährung des Kriegselterngeldes ausdrücklich an den Nachweis gebunden, daß der Gefallene ganz oder teilweise den Unterhalt der Mutter bestritten hat. Das kann unter Umständen sogar zur Ablehnung jeglichen Anspruchs führen. In den angeführten Fällen besteht freilich noch die Möglichkeit, den Anspruch zu begründen. Es werden aber Fälle vorkommen, wo dies nach den geltenden Bestimmungen nicht geschehen kann, und wo dennoch der Tod des Kriegsteilnehmers die zukünftige Existenz der Mutter — manchmal auch des Vaters oder beider Eltern — vernichtet hat.

Nicht selten werden alle verfügbaren Mittel in der Familie aufgewendet für die Ausbildung der Kinder, insbesondere der Knaben. Sie oft legen sich z. B. Arbeiterwitwen größte Entbehrungen auf, um die Söhne etwas lernen zu lassen, alles in der Erwartung, daß sie später damit materiell entschädigt werden oder doch ihr Auskommen durch Zusammenleben in der Familie zu finden. Wir haben nun leider unter den Gefallenen bereits eine ganze Anzahl, deren Ausbildung kaum oder noch nicht einmal ganz beendet war. In vielen Fällen besteht gar kein Anspruch auf Unterstützung und doch sind — ganz abgesehen von den seelischen Wirkungen, die der Tod des Sohnes, auf den alle Hoffnungen aufgebaut waren — im Gefolge hat, die Hinterbliebenen schwer geschädigt.

Wo nun ein Unterstützungsanspruch anerkannt wird, sind auch bei der Hinterbliebenenversorgung die Mütter gegenüber den Witwen gefallener Krieger im Nachteil. Der geringste Betrag, den eine Kriegerwitwe erhält, sind 400 Mk. im Jahre. Kriegselterngeld wird nur in Höhe von 250 Mk. gezahlt, und außerdem kann hierauf kein Familienunterstützungsgeld gezahlt werden, denn das Elterngeld gehört nur zu den fakultativen Leistungen, die nach dem geltenden Recht nur gewährt werden können.

Es wird deshalb dringend notwendig, daß bei der angekündigten Reform des Militärhinterbliebenengesetzes auch dieser Wirkungen gedacht wird, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gesamtheit dadurch größere Lasten auferlegt werden.

Ebenso notwendig aber ist es, daß bei der Unterstützung der Familienangehörigen von Kriegsteilnehmern die Notlage der Mütter mehr Berücksichtigung findet.

Der wirtschaftlichen Schädigungen, die der Krieg im Gefolge hat, gibt es mancherlei, und die beste Fürsorge kann auch nicht entfernt einen Ausgleich schaffen. Es muß deshalb zunächst und in der Hauptsache das Bestreben darauf gerichtet sein, die schlimmsten Wirkungen zu beseitigen und den am meisten Bedürftigen Hilfe zu bringen. Zu diesen gehören aber zweifellos die Kriegermütter.

Ein Mahnruf an die Kriegsbeschädigten.

Der Drang, möglichst bald der Einförmigkeit des Lebens in den Lazaretten zu entgehen und zur Erwerbsarbeit zurückzukehren, veranlaßt viele Kriegsbeschädigte, entgegen dem Willen der behandelnden Aerzte, auf ihre Entlassung aus den Lazaretten zu dringen.

Vielfach werden solche an sich verständlichen Wünsche gefördert durch Anzeigen in den Tageszeitungen, die zum Teil von gewerbsmäßigen Stellenvermittlern ausgehen. In diesen Anzeigen werden Kriegsbeschädigte oftmals bei hohen Lohnangeboten für die verschiedensten Arbeiten gesucht. Zum Teil erhalten die Kriegsbeschädigten auch von ihren Angehörigen aus der Heimat solche Anzeigen zugesandt. Das letztere mag gut gemeint sein. Die Angehörigen hoffen, daß sie dem Kriegsbeschädigten hilfreich zur Seite stehen können, wenn er in der Heimat irgendeine Arbeitsstelle findet. Dem Interesse der Kriegsbeschädigten wird jedoch vielfach durch solche von liebevollem Hilfsbedürfnis ausgehenden Vorschläge und Angebote nicht gedient. Solche Angebote von Arbeitsstellen kommen häufig infolge des gegenwärtigen Mangels an Arbeitskräften oder auch aus der Absicht, eine billige Arbeitskraft zu erhalten. Wird dann bei Abschluß des Krieges der Arbeitsmarkt von den aus dem Felde heimkehrenden Millionen überschwemmt, dann verliert der Kriegsbeschädigte wieder die ihm früher fremde und auch während seiner Arbeitstätigkeit nicht heimisch gewordene Stelle. Die Last, die dann den Angehörigen obliegt, wird nicht immer getragen werden können, auch wenn die Liebe zu dem Kriegsbeschädigten nach wie vor die gleiche bleibt. Der Hilfsbedürftige steht dann allein. Es wird ihm, bei dem großen Angebot von Erwerbstätigen, schwer, vielleicht unmöglich werden, einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Sein Leben ist verfehlt. Nichts wäre für ihn trauriger, als von der Rente allein leben zu müssen und sich nicht mehr als nützliches, durch Arbeit dem Ganzen dienendes Glied der Gesellschaft zu fühlen.

Es kommt nicht so sehr darauf an, daß der Kriegsbeschädigte schnell, sondern daß er dauernd, auch über die Kriegszeit hinaus, vielleicht für sein ganzes späteres Leben Arbeitsgelegenheit erhält. Deswegen sollen die Kriegsbeschädigten nicht ohne genaue Prüfung Arbeitsstellen annehmen, die ihnen oft aus gutem Herzen, häufiger aus gewinnsüchtigen Absichten angeboten werden.

Die Kriegsbeschädigten müssen in erster Linie den Vorschlägen und dem Rate des behandelnden oder leitenden Arztes folgen und das Lazarett nicht verlassen, ehe die Heilbehandlung abgeschlossen ist. Sie sollten die Vorschläge der Fürsorgestellen für ihre Berufsberatung beachten. Die Fürsorgestellen folgen dem Grundsatz, den Kriegsbeschädigten möglichst in seine frühere Arbeitsstelle zu bringen, um ihm dort dauernde Arbeit zu sichern. Gelingt dies nicht, so soll ihm in seinem früheren Beruf Arbeitsgelegenheit verschafft werden. Mit den Berufsverhältnissen vertraut, der Mithilfe seiner Arbeitskollegen sicher, wird er Freude an der Arbeitstätigkeit und Aussöhnung mit seinem Schicksal finden. Nur, wenn die Kriegsbeschädigung beides nicht ermöglichen läßt, soll die Erlernung eines neuen Berufs folgen.

Die Hilfe der Fürsorgestellen und der Berufsberater, sei es bei Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihrer früheren Arbeitsstelle, in ihrem früheren Beruf oder bei Erlernung eines neuen Berufs, erfolgt nicht, um eine Kürzung der Rente herbeizuführen, sondern dem Hilfsbedürftigen das Dasein zu erleichtern. Dafür, daß den Kriegsbeschädigten aus den Kreisen ihrer Arbeitsgenossen geeignete Berufsberatung zuteil werden kann, ist Vorsorge getroffen.

Die Kriegsbeschädigten haben deshalb keine Ursache zu irgendwelchem Mißtrauen gegen die lediglich zu ihrem Nutzen geschaffenen Einrichtungen. Sie sollten insbesondere dann, wenn für ihr weiteres Fortkommen die Erlernung eines neuen Berufs oder die unter den veränderten Verhältnissen notwendige Anpassung an die frühere Berufstätigkeit sich notwendig macht, den guten Ratschlägen, die ihnen von Aerzten und sachverständigen Berufsberatern gegeben werden, vertrauensvoll Beachtung schenken.

Jedenfalls sollten sie auf Anzeigen in den Tageszeitungen oder auf Angebote von Arbeitsstellen unter der Hand nicht eingehen, wenn sie nicht die Sicherheit haben, eine dauernde Arbeitsstelle zu erhalten. Vermögen auch die Fürsorgestellen solche nicht in allen Fällen zu beschaffen, so bleiben die Kriegsbeschädigten doch, wenn sie deren Vermittlung in Anspruch nehmen, mit diesen Hilfsorganisationen in Verbindung und finden in ihnen einen stetigen Rückhalt.

Berlin, den 2. Oktober 1915.

Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht.
Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Angestellten.
Deutscher Werkmeisterverband.
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
Verband der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.).

Kriegsspende Deutscher Frauendank 1915.

Der Weltkrieg wird für Tausende von Familien große Not im Gefolge haben. Sie lindern zu helfen ist Pflicht aller derjenigen, die in irgendeiner Weise dazu in der Lage sind. Sie tragen damit einen Teil der Dankesschuld ab an die Volksgenossen, die in strenger Pflichterfüllung Gesundheit und Leben geopfert haben.

Der Opfer sind zu viele, und die Kriegsfolgen sind zu mannigfaltig, als daß es genügt, die durch den Krieg Betroffenen auf die Hilfe durch das Reich zu verweisen. Auch die private Wohltätigkeit wird deshalb eingreifen müssen, und sie hat bereits in der Kriegszeit teilweise Hervorragendes geleistet.

Um diese zu weiteren Leistungen anzuregen, sie auch wirksam zusammenzufassen und um eine möglichst zweckmäßige und planmäßige Verwendung der Mittel zu erreichen, haben Frauenorganisationen die Gründung der

Kriegsspende Deutscher Frauendank 1915

vollzogen, der sich eine große Anzahl Frauenvereine aller Richtungen angeschlossen haben. Als Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ist das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Organisation vertreten.

Die Spende Deutscher Frauendank wird einerseits der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen, anderseits den unter Führung des Staats gegründeten Ausschüssen für Kriegsinvalidenfürsorge angegliedert werden, deren Vertreter in der Verwaltung mitwirken.

Die Sammlung soll erfolgen durch Ortsausschüsse, die von den beteiligten großen Verbänden unter Hinzuziehung von Vertretern aller Bevölkerungskreise gebildet werden und dort, wo die Gründung von Ortsausschüssen nicht erfolgen kann, durch Landesausschüsse (Provinzialausschüsse), deren Zusammensetzung ähnlich zu erfolgen hat. Durch Veranstaltung von Bazaren, Blumentagen oder Festlichkeiten sollen Mittel nicht beschafft werden. Die Sammlungen können sowohl in Vereinen, wie auch öffentlich vorgenommen werden.

Die aufgebrachten Mittel sollen für solche Personen verwendet werden, die durch die Nationalstiftung und die Ausschüsse für Invalidenfürsorge nicht oder erst in zweiter Linie berücksichtigt werden können, namentlich für die Mütter gefallener und invalider K[illegible] und für die Angehörigen von Kriegsbeschädigten, die durch [illegible] Krankheit oder Inanspruchnahme in der Familie am eigenen [illegible] verhindert sind. Auch soll versucht werden, Angehörigen Gefa[illegible] eine ihrer Begabung entsprechende Schul- oder Berufsbildung [illegible] ermöglichen.

Die Organisation und der Plan für die Verteilung der [illegible] wird der Sammlung weitestes Sympathie in allen Kreisen der [illegible] völkerung schaffen, so daß wenigstens einer Anzahl der schwer [illegible] den Krieg betroffenen Personen wirksame Hilfe gebracht [illegible] kann.

Unser wichtiges Nahrungsmittel Butter und Milch.

Die sehr starke Steigerung der Preise für unsre notwendig[illegible] Nahrungsmittel gibt dauernd zu den lebhaftesten Klagen in der [illegible] völkerung Anlaß. Aber es wird wohl kaum eine Preissteigerung [illegible] unangenehm empfunden, als die für Butter und Milch. Für M[illegible] ist in den letzten Wochen in den Großstädten der Preis pro Liter [illegible] 30—35 Pfg. erhöht, und Butter erreicht bereits den Preis von 3 [illegible] pro Pfund. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat [illegible] einer Eingabe an das Reichsamt des Innern die Abstellung die[illegible] unerträglichen Zustände gefordert. Er verlangt die Festsetzung [illegible] Höchstpreisen für Milch, die aber in enger Verbindung stehen [illegible] mit einer Preisbegrenzung für Butter und Käse. Ohne die [illegible] setzung von Höchstpreisen für Butter und Käse würde bei der [illegible] wirtschaft nur der Anreiz entstehen, größere Mengen von Milch [illegible] die Butter- und Käsebereitung zur Verfügung zu stellen und [illegible] das für den Konsum zur Verfügung stehende Quantum Milch [illegible] ringert werden. Es wird ferner verlangt, daß die Herstellung [illegible] Käse aus Vollmilch verboten wird. Befürwortet dagegen wird [illegible] Herstellung von Käse aus Magermilch. Dabei würde der Eiw[illegible] gehalt der Magermilch der menschlichen Nahrung zugeführt, wä[illegible] leider gegenwärtig der größte Teil der Magermilch zur Verfütter[illegible] benutzt wird. Bei dieser Verwendung der Magermilch geht nur [illegible] Viertel des Eiweißgehalts in die Fleischproduktion über. Bei [illegible] Mangel an eiweißhaltiger Nahrung ist es dringend notwendig, [illegible] die Nahrungsmittel mit größerem Eiweißgehalt vollkommen [illegible] menschlichen Nahrung zur Verfügung gestellt werden.

Was die praktische Durchführung des Vorschlags anbetrifft, [illegible] beruft sich die Eingabe auf die Verordnung des Generalkomm[illegible] in Bayern, die von der Bevölkerung recht zustimmend aufgenom[illegible] wurde. Aber auch bei dieser Verordnung zeigt sich bereits, daß [illegible] eine Regelung für das ganze Reich die Durchführung Mängel [illegible] weist. Vor allem klagen die Bezirke, die früher Milch und [illegible] dukte der Molkerei aus Bayern bezogen haben, daß ihnen durch [illegible] Beschränkung der Ausfuhr aus Bayern große Schwierigkeiten in [illegible] Versorgung entstanden sind, die vom Handel zu abermaligen Pr[illegible] steigerungen benutzt werden.

Die Eingabe bestreitet, daß die Landwirtschaft die gegenwär[illegible] Preissteigerung begründen oder mit Recht fordern kann. Die h[illegible] Preise für Butter lassen sich nur erklären aus der ungünst[illegible] Marktlage. Es fehlt an Oelen und Fetten, und dieser Mangel [illegible] preistreibend für Milch und Molkereiprodukte. Ohne eine [illegible] festsetzung ist den weiteren Preistreibereien kein Ziel zu setzen.

Rundschau.

Jakob Gimpel †. Am 14. Oktober fiel unser treuer K[illegible] Jakob Gimpel, Vorsitzender der Zahlstelle Kirschhausen. Wir [illegible] lieren in ihm einen der tüchtigsten Kollegen in jedem Sinn[illegible] Wortes und werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken [illegible] wahren.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Kirschhausen i. O[illegible]

Jubiläum. Am 1. November konnte der Arbeitersekretär [illegible] Stadtverordnete August Lütich in Leipzig auf eine 25jährige [illegible] ganisationszugehörigkeit des Zentralverbandes der Bildh[illegible] Deutschlands zurückblicken. Was seine Tätigkeit im Interesse se[illegible] Berufsorganisation (Obmann des Verbandsausschusses) und der [illegible] beiterschaft Leipzigs im allgemeinen bedeutet, kann nur der [illegible] messen, der in der Lage ist, die Protokolle der Generalversammlu[illegible] der Bildhauer sowie die Berichte über die Stadtverordnetensitzu[illegible] nachlesen zu können. Wir wünschen dem erst 43jährigen Ob[illegible] fator noch eine recht lange Laufbahn.

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen: Osw[illegible] Thomas (Unteroffizier) aus der Zahlstelle Löbau i. Sach[illegible] Georg Langecker aus der Zahlstelle Frankfurt a. M.

Arbeitsvermittlung. Recht trübe Erfahrungen müssen wir [illegible] unsrer Arbeitsvermittlung machen. Ein Unternehmer der Pfla[illegible] steinindustrie ersuchte uns um Vermittlung von Arbeitskräften [illegible] Niederbayern, da er vermutete, daß dort die Geschäfte etwas [illegible] gingen. Wir gaben ihm einige Adressen und er verhandelte d[illegible] lich mit unserm Vertrauensmann J. R. in H. Vier Kollegen, [illegible] J. B., J. N. und J. R., wünschen Reisevorschuß oder ein Be[illegible] tragter der Firma sollte sie abholen. Letzteres geschah. Am [illegible] nachmittags, trafen die vier Mann in E. i. S. ein und am [illegible] mittags, sind sie, ohne ein Wort zu sagen, mit Hinterlassung [illegible] Verpflichtung wieder abgefahren. Wir wissen ja nun nicht, was [illegible] Veranlassung zu einem derartigen Benehmen unsrer Kollegen [illegible] wesen, und was ihnen nicht gepaßt hat, aber das kann man [illegible] verlangen, daß darüber der Mund aufgemacht wird. Es wäre [illegible] sehr angenehm, wenn wir von der Zahlstelle Näheres erfa[illegible] könnten, damit wir uns bei weiterer Vermittlung danach ri[illegible] könnten. Daß die Verhältnisse überall anders sind, als wie [illegible] sie zu Hause verläßt, müßte sich jeder Erwachsene sagen können. [illegible] geben uns Mühe, unsern Kollegen bei der jetzigen Zeit Arbe[illegible] gelegenheit zu vermitteln, aber durch ein solches Benehmen von K[illegible] legen, welche mitunter recht schwer sich von der Scholle trennen, [illegible] uns das ungemein erschwert und bringt uns um Ansehen [illegible] Kredit. Stark[illegible]

ATK. Die Marmorsäulen des Lincoln-Denkmals. Für [illegible] Lincoln-Denkmal zu Washington hat der Kongreß 10 Mill. Mark [illegible] willigt. Man wird sich vorstellen können, daß es sich um ein [illegible] werk von großartigen Proportionen handelt. Für das Denkmal [illegible] unter anderm Marmorsäulen von so riesigen Dimensionen be[illegible] wie man sie an keinem andern Denkmal der Welt findet. D[illegible] Marmorblock, wie er aus dem Bruche kommt, wiegt etwa 35 Ton[illegible] und für jede der Säulen sind 12 dieser Riesenblöcke erforderlich [illegible] werden 38 große Säulen errichtet, deren jede 14 Meter hoch [illegible] und nach der Vollendung 192 Tonnen wiegen wird; der Wert [illegible] einzelnen Säule soll etwa 60 000 Mk. betragen. Da die 38 gro[illegible] Säulen 456 Säulentrommeln von je 25 Tonnen Gewicht erfor[illegible] beläuft sich das Gesamtgewicht des Marmors auf annähernd 11[illegible] Tonnen. Die gewaltigen Steinmassen werden zu Marble im St[illegible] Colorado zu Säulen verarbeitet. Zuerst werden die Blöcke [illegible] Drahtsägen zu der erforderlichen Dicke zugeschnitten; dann gehen [illegible] durch die Trommelsäge. Die Trommelsäge hat, wie schon ihr N[illegible] sagt, selbst auch Trommelform; ihre Unterkante besorgt das Sä[illegible] den. Von der Trommelsäge gelangen die Steintrommeln in g[illegible] Drehmaschinen, die sie grob bearbeiten. Das nun folgende Ka[illegible] lieren erfolgt durch Karborundumräder, die an zwei Seiten [illegible] Trommel gleichzeitig angreifen, so daß die Trommel zwischen be[illegible] eingepreßt erscheint. Nach dem Kannelieren werden die Se[illegible] flächen mit der Hand aufs genaueste bearbeitet, so daß jede [illegible] scharf zu der über oder unter ihr liegenden paßt, und die Säule [illegible] ihrem Bestimmungsort ohne Schwierigkeit zusammengesetzt wer[illegible] kann.

1890 1915

Fest-Zeitung

zum 25jährigen Bannerjubiläum der Zahlstelle Hannover

Erscheint aller fünfundzwanzig Jahre einmal. Verantwortlicher Redakteur: Paul Biewig* in Hannover.

ist kein Lohn,
gibt's keine Siege.
nd Zuversicht
u jedem Kriege.

r Weltenbrand
fesmut nicht dämpfen!
wollen wir
weiterkämpfen!

g.

Ob Sandstein, Marmor, ob Granit,
Ob Hauer oder Schleifer,
Den Maßstab für den Wert des Manns
Gibt sein Versammlungseifer.

Die Hauptsache.

Heute frägt dich niemand mehr:
Hast du ausgelernt auch zünftig?
Denn das Wichtigste ist jetzt:
Halt' zur Sache und sei vernünftig!

An die Ueberklugen!

Was nützt denn eine einzelne Kraft?
Nur mit vereintem zähen Ringen
Ist unser Todfeind „Kapital"
Für alle Zeiten zu bezwingen.

Scheußlich!

In dieser gottverfluchten Welt
Ist's doch die traurigste Erscheinung:
Kerle haben wir wohl genug,
Allein, sie haben keine Meinung.

Hoher Beruf.

Warum ist der Steinmetzstand
Ein hoher, göttlicher Beruf?
Weil Gott der Herr vor grauer Zeit
Ja selbst dies Handwerk schuf.
Der erste Steinmetz war er selbst,
Und Moses war der zweite.
Drum lieb auch ich den Steinmetzstand,
Weil sich Gott selbst ihm weihte.

2. Moses, 32, 15. 16.

In einen Schlachterladen kamen ein paar Handwerksgesellen und sprachen als fremde Schlachter zu. Einer in weißen englischledernen Hosen, breitem Hut und Langschäftern. "Biß du auch ein Metzger? fragte der Meister. Jawoll, Meester! — Steenmetzger! Und er bekam auch ein Stück Wurst.

Fünfundzwanzig lange Jahre
Warst du unser Zufluchtsort,
Und du hast sehr oft vernommen
Manches ernst' und heitre Wort.
Warst im Sommer frisch und kühle,
Warst im Winter mollig warm,
Und es kam auf seine Rechnung
Leib und Seele, Kopf und Darm.
Sahst in deinem Raum oft Männer,
Nur sehr selten ein paar Fraun.
Oft ward neben Geistesblitzen
Auch mancher „Bauer" 'rausgehaun.

An die Neidhammel!

Wie könnt ihr nur Kollegen neiden?
Sie ziehen doch am gleichen Strange.
Und haben sie wirklich was voraus,
So wißt, es dauert meist nicht lange.

Guter Rat.

Bedenks wohl bei allem,
eh' du handelst,
Ob du auf rechtem Wege
wandelst.

Sehr einfach.

Warum der Krieg ein Kreuzzug ist?
Das ist sehr einfach, närrsche Käuze.
Manche hol'n sich eiserne,
Die meisten aber steise Kreuze!

Alte Sache.

So ist es rechte Steinmetzart,
Wenn alles sich zur Fahne schart.
Wer treu stets zum Verbande hält,
Kommt sicher durch die ganze Welt!

Stimmt!

Maurer: Steinmetz soll doch 'ne Kunst sein?
Steinhauer: Ja, aber nur nicht in Kunststein!

Von hinten rum zu stänkern und zu schmähn,
Das darf bei uns niemand glücken.
Deshalb gebietet uns die Pflicht,
Zur Versammlung solche Kerls zu schicken.

Au!

Zu einem Grabsteinfritzen kommt ein armer aber sauberer Mann mit einem sechzehnjährigen Jungen. „Meister!" sagt er, „kann min Söhn nich bi Sei Steenhauer liern?" „O ja, dat geiht, awer wat het he denn bis jetz makt?" „He wär bi mi und sullt Besen binn, äwer he is dafau tau dumm!"

An unsere Kollegen im Felde.

Wir wünschen hier aus tiefstem Herzensgrunde
An diesem frohen Jubeltag,
Daß möglichst bald die Friedenskunde
In unsern Kreis euch führen mag.

Begreiflich sehnt ihr euch nach Weib und Kindern,
Nach regelrechter Arbeitszeit.
Verdammt, daß euch die Feinde hindern,
Und daß der Frieden noch so weit.

Es kann ja ewig dieser Krieg nicht währen,
Gebt nur dem Feind den letzten Rest!
Wenn alle siegreich wiederkehren,
Dann feiern wir auch Siegesfest!

Selbstverständlich.

So wie unsre tapfern Krieger
Woll'n wir treu zur Fahne halten.
Kehren sie zurück als Sieger,
Finden alles sie beim alten.

Wie's im Verband sein soll.

Eine gute Leitung!
Eine gute Zeitung!
Ordnung im Buch!
Guter Versammlungsbesuch!

U. A. w. g.

Im allgemeinen soll man stets
Jedem Kollegen trauen.
Doch seid mal ehrlich, habt ihr denn
Noch keiner was verhauen?

Alles da!

In Hannover hevt wi
Olle un Junge,
Klauke un Dumme,
Dünne un Fette,
Plumpe un Nette,
Gaude un Slechte,
Linke un Rechte,
Weike un Karte
Un ok Blaue un Swarte.

Rätsel.

Das erste ist kein Holz,
Das zweite eine Stadt,
Die mancher unter uns
Noch nicht gesehen hat.
Das Ganze ein General,
Von Siebzig her bekannt.
Gleichzeitig ist es auch
Ein braver Handwerksstand.

Auflösung in nächster Nummer.

Verheddert.

Ludchen (der sich in der Diskussion gern in gewählten Worten ausdrückt): „Ich bin der Meinung, daß unter anderem beim Tarif auch besonderer Wert auf die richtige Meßbefristung — Frißbemessung — Mißbefressung — Freßbemißung — Fristbemessung gelegt werden muß!"

* Vergleiche Versammlungsbericht in Nr. 44.

sie im Deutschen Reich mit einem großen sicheren Verwaltungsapparat nicht durchführbar sein?

Noch weit leichter wäre eine Milderung der heutigen Milchnot. Nicht der Mangel an Kraftfutter ist, wie behauptet wird, die Ursache der Milchteuerung — an Kraftfutter, besonders an Futterkleie, fehlte es im Frühjahr weit mehr als heute —, sondern **die Zurückhaltung der Milch vom Markt und ihre Verwendung zur Viehmast**, vornehmlich zur Mästung der Schweine. Man verbiete bei hohen Strafen die Verfütterung von Milch sowie ihre Verwendung zur Herstellung von Schokolade, feinen Backwaren, Näschereien usw., und es wird sicher alsbald in den meisten deutschen Gegenden die Milchnot nachlassen.

Selbst die Fleischteuerung würde, so verfahren heute infolge wiederholter verkehrter Anordnungen die ganze Fleischversorgung ist, sich wesentlich mildern, **wenn sich die Reichsregierung zur Einführung von Fleischkarten nach dem System der Brotkarte entschließen** könnte und den Fleischern — ebenfalls unter Androhung hoher Strafen — verboten würde, anders als gegen solche Karten Fleisch zu verabfolgen. Den Unbemittelten würde zwar diese Fleischverbrauchsregelung zunächst wenig nützen; sie könnten meist gar nicht jenes Fleischquantum kaufen, das ihnen die Fleischkarte gestattete, aber der noch immer sehr starke Fleischkonsum der Wohlhabenden würde dadurch wesentlich eingeschränkt werden, und nach und nach würde die hierdurch hervorgerufene verringerte Nachfrage die Preise drücken.

Es ist nichts als faule Ausrede, wenn behauptet wird, die heutige Lebensmittelteuerung wäre eine unvermeidliche Folge des großen Krieges, die sich nun mal nicht abwehren ließe. Gewiß, in ihrem ganzen Umfange läßt sich die Teuerung nicht verhindern, wohl aber lassen sich ihr auf vielen Gebieten Schranken setzen — freilich ohne Eingriffe in das Gewinninteresse gewisser Produzenten- und Spekulantengruppen geht das nicht! Der Pelz läßt sich nicht waschen, wenn er nicht naß gemacht werden soll. Aber das Volksinteresse steht über den Cliqueninteressen. Woran es fehlt, ist nur die nötige Energie zum Durchgreifen!

Die Not der Kriegermütter.

Nach einer Zeitungsnotiz ist damit zu rechnen daß die Reichsunterstützung für Kriegerfamilien für die Monate schließlich April auf 15 Mk. für Kriegerfr die übrigen unterstützungsbedürftigen P wird. Dabei wird die Erwartung ausge nicht etwa die Gemeinden zur Herabsetzu Unterstützungen veranlaßt.

Wenn die Gemeinden, die bisher Zu Reichsunterstützung gewährten, nun auc der Unterstützungssätze eintreten lassen, Kriegsteilnehmer in diesen Orten wenigst leichterung ihrer Lebenshaltung geschaffe allein kann auch dann nur in den seltens Wo die Gemeinden nur geringe oder gar davon gar keine Rede. Ganz allgemein milien, wo der Mann schon längere Zei Not recht groß.

Das ist weiten Bevölkerungsschichten große Anteilnahme an dem Los der Kr ersten Kriegswochen zum Ausdruck kam, hat, so ist sie dennoch immer noch so stark lassen muß, zu sehen, daß einer besonderen Kriegsteilnehmern so wenig Beachtung ge

Es sind das die Angehörigen unverhe vor allen Dingen ihre Mütter.

Diese erhalten ohne Rücksicht auf die im Felde haben, vom Reich eine monatliche (vom 1. November ab 7.50 Mk.) und im g Gemeinden den gleichen — manchmal einen etwas höheren Betrag — und schließlich noch eine geringe Mietsunterstützung. Das ist aber auch alles. Der gesamte Betrag deckt in den meisten Fällen noch nicht einmal die Wohnungsmiete.

Den Kriegerfrauen wird eine höhere Unterstützung gewährt in der Voraussetzung, daß ihnen und den Kindern durch Einziehung des Gatten und Vaters der Haupternährer, ja oftmals der alleinige Ernährer genommen ist. Aber auch den alleinstehenden Müttern unverheirateter Kriegsteilnehmer ist vielfach dadurch jegliche Einnahme abgeschnitten. Diese Frauen sind dann in einer ganz besonderen Notlage. Sie befinden sich meist in vorgeschrittenem Alter und waren in der Regel früher nicht erwerbstätig. Für sie ist es deshalb besonders schwierig, sich durch Erwerbsarbeit Einnahmen zu verschaffen.

In den Arbeiterfamilien zahlen die erwachsenen Kinder für Kost, Wohnung, Wäsche usw. einen bestimmten Betrag. Dieser ist meist so bemessen, daß er im Einzelfalle nicht eine Bezahlung der Arbeit der Mutter oder eine Unterstützung an sie bedeutet. Wo aber mehrere Familienangehörige in dieser Weise zusammen wirtschaften, hatte auch die Mutter ihr Auskommen, und die Familie konnte sich sogar die Annehmlichkeiten einer größeren Wohnung verschaffen. Den Müttern mehrerer erwachsener Kinder blieb bei ihrer Arbeit für diese und für die Wirtschaft gar keine Zeit für Nebenverdienst übrig. Für Kleidung sorgten die Kinder gemeinsam, so daß für die Mütter auch gar keine Notwendigkeit dazu gegeben war.

Nun stehen nicht selten mehrere Söhne einer Familie im Felde, und die Mütter sind mit einem Schlage jeglicher Mittel beraubt. Außerdem haben sie vielfach noch eine größere Wohnung auf dem Halse. Besondere Unterstützungen zu erhalten ist nicht so einfach, einmal, weil die Fonds dafür sehr zusammengeschmolzen sind, und weiter, weil der Nachweis schwer zu erbringen ist, daß die Kinder die Mütter unterstützt haben. Das, was im Einzelfalle gezahlt worden ist, war eben, absolut genommen, keine Unterstützung, sondern nur Erstattung der durch sie entstandenen Kosten. Praktisch wirkte es aber wie eine Unterstützung, besonders in größeren Familien.

Letztlich, vielleicht noch schlimmer, wirken die Bestimmungen der Militär-Hinterbliebenenversorgung. Hier ist die Gewährung des Kriegselterngeldes ausdrücklich an den Nachweis gebunden, daß der Gefallene ganz oder teilweise den Unterhalt der Mutter bestritten hat. Das kann unter Umständen sogar zur Ablehnung jeglichen Anspruchs führen. In den angeführten Fällen besteht freilich noch die Möglichkeit, den Anspruch zu begründen. Es werden aber Fälle vorkommen, wo dies nach den geltenden Bestimmungen nicht geschehen kann, und wo dennoch der Tod des Kriegsteilnehmers die zukünftige Existenz der Mutter — manchmal auch des Vaters oder beider Eltern — vernichtet hat.

Nicht selten werden alle verfügbaren Mittel in der Familie aufgewendet für die Ausbildung der Kinder, insbesondere der Knaben. Sie oft legen sich z. B. Arbeiterwitwen größte Entbehrungen auf, um die Söhne etwas lernen zu lassen, alles in der Erwartung, daß sie später dafür materiell entschädigt werden oder doch ihr Auskommen durch Zusammenleben in der Familie zu finden. Wir haben nur leider unter den Gefallenen bereits eine ganze Anzahl, deren Ausbildung kaum oder noch nicht einmal ganz beendet war. In diesen Fällen besteht gar kein Anspruch auf Unterstützung und doch sind — ganz abgesehen von den seelischen Wirkungen, die der Tod des Sohnes, auf den alle Hoffnungen aufgebaut waren — im Gefolge hat, die Hinterbliebenen schwer geschädigt.

Wo nun ein Unterstützungsanspruch anerkannt wird, sind auch bei der Hinterbliebenenversorgung die Mütter gegenüber den Witwen gefallener Krieger im Nachteil. Der geringste Betrag, den eine Kriegerwitwe erhält, sind 400 Mk. im Jahre. Kriegselterngeld wird nur in Höhe von 250 Mk. gezahlt, und außerdem kann hierauf keine Anrechnung geltend gemacht werden, denn das Elterngeld gewährt nur in den gesetzlichen Leistungen, die nach dem geltenden Recht nicht gekürzt werden können.

Es wäre deshalb dringend notwendig, daß bei der angekündigten Reform der Militär-Hinterbliebenenversorgung auch dieser Wirkungen gedacht wird, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gesamtheit dadurch größere Lasten auferlegt werden.

Ebenso notwendig aber ist es, daß bei der Unterstützung der Familienangehörigen von Kriegsteilnehmern die Notlage der Mütter mehr Berücksichtigung findet.

Der wirtschaftlichen Schädigungen, die der Krieg im Gefolge hat, gibt es mancherlei, und die beste Fürsorge kann auch nicht entfernt einen Ausgleich schaffen. Es muß deshalb zunächst und in der Hauptsache das Bestreben darauf gerichtet sein, die schlimmsten Wirkungen zu beseitigen und den am meisten Bedürftigen Hilfe zu bringen. Zu diesen gehören aber zweifellos die Kriegermütter.

Ein Mahnruf an die Kriegsbeschädigten.

Der Drang, möglichst bald der Einförmigkeit des Lebens in den Lazaretten zu entgehen und zur Erwerbsarbeit zurückzukehren, veranlaßt viele Kriegsbeschädigte, entgegen dem Willen der behandelnden Aerzte, auf ihre Entlassung aus den Lazaretten zu dringen.

Vielfach werden solche an sich verständlichen Wünsche gefördert durch Anzeigen in den Tageszeitungen, die zum Teil von gewerbsmäßigen Stellenvermittlern ausgehen. In diesen Anzeigen werden Kriegsbeschädigte oftmals bei hohen Lohnangeboten für die verschiedensten Arbeiten gesucht. Zum Teil erhalten die Kriegsbeschädigten auch von ihren Angehörigen aus der Heimat solche Anzeigen zugesandt. Das letztere mag gut gemeint sein. Die Angehörigen hoffen, daß sie dem Kriegsbeschädigten hilfreich zur Seite stehen können, wenn er in der Heimat irgendeine Arbeitsstelle findet. Dem Interesse der Kriegsbeschädigten wird jedoch vielfach durch solche von liebevollem Hilfsbedürfnis ausgehenden Vorschläge und Angebote nicht gedient. Solche Angebote von Arbeitsstellen kommen häufig infolge des gegenwärtigen Mangels an Arbeitskräften oder auch aus der Absicht, eine billige Arbeitskraft zu erhalten. Wird dann bei Abschluß des Krieges der Arbeitsmarkt von den aus dem Felde heimkehrenden Millionen überschwemmt, dann verliert der Kriegsbeschädigte wieder die ihm früher fremde und auch während seiner Arbeitstätigkeit nicht heimisch [illegible] sorgen.

Die Hilfe der Fürsorgestellen und der Berufsberater, sei es bei Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihrer früheren Arbeitsstelle, in ihrem früheren Beruf oder bei Erlernung eines neuen Berufs, erfolgt nicht, um eine Kürzung der Rente herbeizuführen, sondern dem Hilfsbedürftigen das Dasein zu erleichtern. Dafür, daß den Kriegsbeschädigten aus den Kreisen ihrer Arbeitsgenossen geeignete Berufsberatung zuteil werden kann, ist Vorsorge getroffen.

Die Kriegsbeschädigten haben deshalb keine Ursache zu irgendwelchem Mißtrauen gegen die lediglich zu ihrem Nutzen geschaffenen Einrichtungen. Sie sollten insbesondere dann, wenn für ihr weiteres Fortkommen die Erlernung eines neuen Berufs oder die unter den veränderten Verhältnissen notwendige Anpassung an die frühere Berufstätigkeit sich notwendig macht, den guten Ratschlägen, die ihnen von Aerzten und sachverständigen Berufsberatern gegeben werden, vertrauensvoll Beachtung schenken.

Jedenfalls sollten sie auf Anzeigen in den Tageszeitungen oder auf Angebote von Arbeitsstellen unter der Hand nicht eingehen, wenn sie nicht die Sicherheit haben, eine dauernde Arbeitsstelle zu erhalten. Vermögen auch die Fürsorgestellen solche nicht in allen Fällen zu beschaffen, so bleiben die Kriegsbeschädigten doch, wenn sie deren Vermittlung in Anspruch nehmen, mit diesen Hilfsorganisationen in Verbindung und finden in ihnen einen stetigen Rückhalt.

Berlin, den 2. Oktober 1915.

Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht.
Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Angestellten.
Deutscher Werkmeisterverband.
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
Verband der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.).

Kriegsspende Deutscher Frauendank 1915.

Der Weltkrieg wird für Tausende von Familien große Not im Gefolge haben. Sie lindern zu helfen ist Pflicht aller derjenigen, die in irgendeiner Weise dazu in der Lage sind. Sie tragen damit einen Teil der Dankesschuld ab an die Volksgenossen, die in strenger Pflichterfüllung Gesundheit und Leben geopfert haben.

Der Opfer sind zu viele, und die Kriegsfolgen sind zu mannigfaltig, als daß es genügt, die durch den Krieg Betroffenen auf die Hilfe durch das Reich zu verweisen. Auch die private Wohltätigkeit wird deshalb eingreifen müssen, und sie hat bereits in der Kriegszeit teilweise Hervorragendes geleistet.

Um diese zu weiteren Leistungen anzuregen, sie auch wirksam zusammenzufassen und um eine möglichst zweckmäßige und planmäßige Verwendung der Mittel zu erreichen, haben Frauenorganisationen die Gründung der

Kriegsspende Deutscher Frauendank 1915

vollzogen, der sich eine große Anzahl Frauenvereine aller Richtungen angeschlossen haben. Als Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ist das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Organisation vertreten.

Die Spende Deutscher Frauendank wird einerseits der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen, anderseits den unter Führung des Staats gegründeten Ausschüssen für Kriegsinvalidenfürsorge angegliedert werden, deren Vertreter in der Verwaltung mitwirken.

Die Sammlung soll erfolgen durch Ortsausschüsse, die von den beteiligten großen Verbänden unter Hinzuziehung von Vertretern aller Bevölkerungskreise gebildet werden und dort, wo die Gründung von Ortsausschüssen nicht erfolgen kann, durch Landesausschüsse (Provinzialausschüsse), deren Zusammensetzung ähnlich zu erfolgen hat. Durch Veranstaltung von Basaren, Blumentagen oder Festlichkeiten sollen Mittel nicht beschafft werden. Die Sammlungen können sowohl in Vereinen, wie auch öffentlich vorgenommen werden.

Die aufgebrachten Mittel sollen für solche Personen verwendet werden, die durch die Nationalstiftung und die Ausschüsse für Invalidenfürsorge nicht oder erst in zweiter Linie berücksichtigt werden können, namentlich für die Mütter gefallener und invalider Ar- und für die Angehörigen von Kriegsbeschädigten, die durch Krankheit oder Inanspruchnahme in der Familie am eigenen Er- verhindert sind. Auch soll versucht werden, Angehörigen Gefal- eine ihrer Begabung entsprechende Schul- oder Berufsbildung er-möglichen.

Die Organisation und der Plan für die Verteilung der M wird der Sammlung weitestes Sympathie in allen Kreisen der völkerung schaffen, so daß wenigstens einer Anzahl der schwer den Krieg betroffenen Personen wirksame Hilfe gebracht w kann.

Unser wichtiges Nahrungsmittel Butter und Milch.

Die sehr starke Steigerung der Preise für unsre notwendig Nahrungsmittel gibt dauernd zu den lebhaftesten Klagen in der völkerung Anlaß. Aber es wird wohl kaum eine Preissteigerung unangenehm empfunden, als die für Butter und Milch. Für M ist in den letzten Wochen in den Großstädten der Preis pro Liter 30—35 Pfg. erhöht, und Butter erreicht bereits den Preis von 3 pro Pfund. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen h einer Eingabe an das Reichsamt des Innern die Abstellung di unerträglichen Zustände gefordert. Er verlangt die Festsetzung Höchstpreisen für Milch, die aber in enger Verbindung stehen mit einer Preisbegrenzung für Butter und Käse. Ohne die G setzung von Höchstpreisen für Butter und Käse würde bei der Ba wirtschaft nur der Anreiz entstehen, größere Mengen von Milch die Butter- und Käsebereitung zur Verfügung zu stellen und da das für den Konsum zur Verfügung stehende Quantum Milch ringert werden. Es wird ferner verlangt, daß die Herstellung Käse aus Vollmilch verboten wird. Befürwortet dagegen wird Herstellung von Käse aus Magermilch. Dabei würde der Eiw gehalt der Magermilch der menschlichen Nahrung zugeführt, wäh leider gegenwärtig der größte Teil der Magermilch zur Verfütter benutzt wird. Bei dieser Gelegenheit [illegible] ng der Magermilch geht nur Fleischproduktion über. Bei ist es dringend notwendig, Eiweißgehalt vollkommen g gestellt werden.

g des Vorschlags anbetr ordnung des Generalkomm recht zustimmend aufgenom nung zeigt sich bereits, daß die Durchführung Mängel ke, die früher Milch und gen haben, daß ihnen durch rn große Schwierigkeiten in Handel zu abermaligen Pr

Landwirtschaft die gegenwä Recht fordern kann. Die erklären aus der ungünst letzten, und dieser Mangel eiproducte. Ohne eine P ereien kein Ziel zu setzen.

hau.

ber fiel unser treuer K stelle Kirschhausen. Wir Kollegen in jedem Sinn Wortes und werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken wahren.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Kirschhausen i. O.

Jubiläum. Am 1. November konnte der Arbeitersekretär Stadtverordnete August Lütich in Leipzig auf eine 25jährige ganisationszugehörigkeit des Zentralverbandes der Bild Deutschlands zurückblicken. Was seine Tätigkeit im Interesse s Berufsorganisation (Obmann des Verbandsausschusses) und der beiterschaft Leipzigs im allgemeinen bedeutet, kann nur be messen, der in der Lage ist, die Protokolle der Generalversamml der Bildhauer sowie die Berichte über die Stadtverordnetensitz nachlesen zu können. Wir wünschen dem erst 48jährigen Ju bilar noch eine recht lange Laufbahn.

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen: Otto Thomas (Unteroffizier) aus der Zahlstelle Löbau i. Sa. Georg Langecker aus der Zahlstelle Frankfurt a. M.

Arbeitsvermittlung. Recht trübe Erfahrungen müssen wir unsrer Arbeitsvermittlung machen. Ein Unternehmer der Pfei steinindustrie ersuchte uns um Vermittlung von Arbeitskräften Niederbayern, da er vermutete, daß dort die Geschäfte etwas gingen. Wir gaben ihm einige Adressen und er verhandelte lich mit unserm Vertrauensmann J. R. in H. Vier Kollegen, A J. W., J. N. und J. R., wünschen Reisevorschuß oder ein Ba tragter der Firma sollte sie abholen. Letzteres geschah. Am nachmittags, trafen die vier Mann in E. i. S. ein und am mittags, sind sie, ohne ein Wort zu sagen, mit Hinterlassung Verpflichtung wieder abgefahren. Wir wissen ja nun nicht, was Veranlassung zu einem derartigen Benehmen unsrer Kollegen wesen, und was ihnen nicht gepaßt hat, aber das kann man verlangen, daß darüber der Mund aufgemacht wird. Es wäre sehr angenehm, wenn wir von der Zahlstelle Näheres erfa könnten, damit wir uns bei weiterer Vermittlung danach ri könnten. Daß die Verhältnisse überall anders sind, als wie sie zu Hause verläßt, müßte sich jeder Erwachsene sagen können. geben uns Mühe, unsern Kollegen bei der jetzigen Zeit Arb gelegenheit zu vermitteln, aber durch ein solches Benehmen von legen, welche mitunter recht schwer sich von der Scholle trennen, uns das ungemein erschwert und bringt uns um Ansehen Kredit.

Stark

ATK. Die Marmorsäulen des Lincoln-Denkmals. Für Lincoln-Denkmal zu Washington hat der Kongreß 10 Mill. Mark willigt. Man wird sich vorstellen können, daß es sich um ein werk von großartigen Proportionen handelt. Für das Denkmal unter anderm Marmorsäulen von so riesigen Dimensionen be wie man sie an keinem andern Denkmal der Welt findet. D Marmorblock, wie er aus dem Bruche kommt, wiegt etwa 35 Ton und für jede der Säulen sind 12 dieser Riesenblöcke erforderlich werden 38 große Säulen errichtet, deren jede 14 Meter hoch und nach der Vollendung 192 Tonnen wiegen wird; der Wert einzelnen Säule soll etwa 60 000 Mk. betragen. Da die 38 gr Säulen 456 Säulentrommeln von je 25 Tonnen Gewicht erfor beläuft sich das Gesamtgewicht des Marmors auf annähernd 11 Tonnen. Die gewaltigen Steinmassen werden zu Marble im St Colorado zu Säulen verarbeitet. Zuerst werden die Blöcke Drahtsägen zu der erforderlichen Dicke zugeschnitten; dann gehe durch die Trommelsäge. Die Trommelsäge hat, wie schon ihr N sagt, selbst auch Trommelform; ihre Unterkante besorgt das Sä den. Von der Trommelsäge gelangen die Steintrommeln in Drehmaschinen, die sie grob bearbeiten. Das nun folgende K lieren erfolgt durch Karborundumräder, die an zwei Seiten Trommel gleichzeitig angreifen, so daß die Trommel zwischen be eingepreßt erscheint. Nach dem Kannelieren werden die S flächen mit der Hand aufs genaueste bearbeitet, so daß jede scharf zu der über oder unter ihr liegenden paßt, und die Säul ihrem Bestimmungsort ohne Schwierigkeit zusammengesetzt w kann.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Strasse 32, IV.

Deutsche Bücherei
des Börsenvereins der deutschen Buchhändler
Leipzig
1

Deutsche Bücherei
– 4. NOV. 1915
Leipzig

DEUTSCHES REICH

1890 1915

Fest-Zeitung

zum 25jährigen Bannerjubiläum der Zahlstelle Hannover

Erscheint aller fünfundzwanzig Jahre einmal. Verantwortlicher Redakteur: Paul Biewig* in Hannover

Unserm Banner!

Heut ist des Banners Jubeltag!
Ein froher Tag in ernsten Zeiten!
An diesem Tag geloben wir,
Für unser hehres Ziel zu streiten.

Die Freiheit aller ist das Ziel,
Und soll das große Werk gelingen,
So müssen alle, Mann für Mann,
Geschlossen kämpfen, Opfer bringen.

Denn ohne Mühe ist kein Lohn,
Und ohne Kampf gibt's keine Siege.
Ausdauer, Mut und Zuversicht
Gehört nun mal zu jedem Kriege.

Es darf auch dieser Weltenbrand
Jetzt unsern Kampfesmut nicht dämpfen!
So wie die Alten wollen wir
Stets unermüdlich weiterkämpfen!

Richtig.

Ob Sandstein, Marmor, ob Granit,
Ob Hauer oder Schleifer,
Den Maßstab für den Wert des Manns
Gibt sein Versammlungseifer.

Die Hauptsache.

Heute frägt dich niemand mehr:
Hast du ausgelernt auch zünftig?
Denn das Wichtigste ist jetzt:
Halt' zur Sache und sei vernünftig!

An die Ueberklugen!

Was nützt denn eine einzelne Kraft?
Nur mit vereintem zähen Ringen
Ist unser Todfeind „Kapital"
Für alle Zeiten zu bezwingen.

Scheußlich!

In dieser gottverfluchten Welt
Ist's doch die traurigste Erscheinung:
Kerle haben wir wohl genug,
Allein, sie haben keine Meinung.

Hoher Beruf.

Warum ist der Steinmetzstand
Ein hoher, göttlicher Beruf?
Weil Gott der Herr vor grauer Zeit
Ja selbst dies Handwerk schuf.
Der erste Steinmetz war er selbst,
Und Moses war der zweite.
Drum lieb auch ich den Steinmetzstand,
Weil sich Gott selbst ihm weihte.

2. Moses, 32, 15. 16.

In einen Schlachterladen kamen ein paar Handwerksgesellen und sprachen als fremde Schlachter zu. Einer in weißen englischledernen Hosen, breitem Hut und Langschäftern. 'Bist du auch ein Metzger? fragte der Meister. Jawoll, Meester! — Steenmetzger! Und er bekam auch ein Stück Wurst.

Unser Vereinslokal.

Fünfundzwanzig lange Jahre
Warst du unser Zufluchtsort,
Und du hast sehr oft vernommen
Manches ernst' und heitre Wort.
Warst im Sommer frisch und kühle,
Warst im Winter mollig warm,
Und es kam auf seine Rechnung
Leib und Seele, Kopf und Darm.
Sahst in deinem Raum oft Männer,
Nur sehr selten ein paar Fraun.
Oft ward neben Geistesblitzen
Auch mancher „Bauer" 'rausgehaun.

An die Neidhammel!

Wie könnt ihr nur Kollegen neiden?
Sie ziehen doch am gleichen Strange.
Und haben sie wirklich was voraus,
So wißt, es dauert meist nicht lange.

Guter Rat.

Bedenks wohl bei allem,
eh' du handelst,
Ob du auf rechtem Wege
wandelst.

Sehr einfach.

Warum der Krieg ein Kreuzzug ist?
Das ist sehr einfach, närrsche Käuze.
Manche hol'n sich eiserne,
Die meisten aber steife Kreuze!

Alte Sache.

So ist es rechte Steinmetzart,
Wenn alles sich zur Fahne schart.
Wer treu stets zum Verbande hält,
Kommt sicher durch die ganze Welt!

Stimmt!

Maurer: Steinmetz soll doch 'ne Kunst sein?
Steinhauer: Ja, aber nur nicht in Kunststein!

Berechtigte Mahnung.

Von hinten'rum zu stänkern und zu schmähn,
Das darf bei uns niemand glücken.
Deshalb gebietet uns die Pflicht,
Zur Versammlung solche Kerls zu schicken.

Au!

Zu einem Grabsteinfritzen kommt ein armer aber sauberer Mann mit einem sechzehnjährigen Jungen. „Meister!" sagt er, „kann min Söhn nich bi Sei Steenhauer liern?" „O ja, dat geiht, awer wat hef de denn bis jetz makt?" „He wär bi mi und sullt Besen binn, äwer he is dalau tau dumm!"

An unsere Kollegen im Felde.

Wir wünschen hier aus tiefstem Herzensgrunde
An diesem frohen Jubeltag,
Daß möglichst bald die Friedenskunde
In unsern Kreis euch führen mag.

Begreiflich sehnt ihr euch nach Weib und Kindern,
Nach regelrechter Arbeitszeit.
Verdammt, daß euch die Feinde hindern,
Und daß der Frieden noch so weit.

Es kann ja ewig dieser Krieg nicht währen,
Gebt nur dem Feind den letzten Rest!
Wenn alle siegreich wiederkehren,
Dann feiern wir auch Siegesfest!

Selbstverständlich.

So wie unsre tapfern Krieger
Woll'n wir treu zur Fahne halten.
Kehren sie zurück als Sieger,
Finden alles sie beim alten.

Wie's im Verband sein soll.

Eine gute Leitung!
Eine gute Zeitung!
Ordnung im Buch!
Guter Versammlungsbesuch!

U. A. w. g.

Im allgemeinen soll man stets
Jedem Kollegen trauen.
Doch seid mal ehrlich, habt ihr denn
Noch keiner was verhauen?

Alles da!

In Hannover hevt wi
Olle un Junge,
Klauke un Dumme,
Dünne un Fette,
Plumpe un Nette,
Gaude un Slechte,
Linke un Rechte,
Weike un Karte
Un ok Blaue un Swarte.

Rätsel.

Das erste ist kein Holz,
Das zweite eine Stadt,
Die mancher unter uns
Noch nicht gesehen hat.
Das Ganze ein General,
Von Siebzig her bekannt.
Gleichzeitig ist es auch
Ein braver Handwerksstand.

Auflösung in nächster Nummer.

Verheddert.

Ludchen (der sich in der Diskussion gern in gewählten Worten ausdrückt): „Ich bin der Meinung, daß unter anderem beim Tarif auch besonderer Wert auf die richtige Meßbefristung — Fritzbemessung — Mistbefressung — Freßbemistung — Fristbemessung gelegt werden muß!"

* Vergleiche Versammlungsbericht in Nr. 44.

Vom Ausland.

Großbritanniens Außenhandel in Steinen 1914. Der Zeitschrift „Steinbruch" entnehmen wir: „Es ist uns gelungen, in den Besitz der offiziellen Zahlen zu gelangen, welche das „Board of Trade" über den großbritannischen Außenhandel während des letztvergangenen Jahres auf Grund statistischer Aufschreibungen zusammengestellt hat. Wenngleich das Zahlenmaterial ein scharfes Bild über die Wirkungen des Krieges auf den englischen Handel naturgemäß nicht haben kann, da es auch die statistischen Ergebnisse des vor dem Kriege befindlichen Jahresteils in sich schließt, so gewährt sein Vergleich mit den Ein- und Ausfuhrziffern der Jahre 1913 und 1912 doch sehr interessante Einblicke, die wir, soweit sie an dieser Stelle von Interesse sind, unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Vorab sei noch bemerkt, daß die nachstehend wiedergegebenen Ausfuhrziffern nur auch die Waren umfassen, welche für Rechnung der verbündeten Regierungen in Großbritannien gekauft worden sind, nicht aber auch solche, die aus Niederlagen der englischen Regierung entnommen oder von ihr im freier Verkehr gekauft und auf staatlichen Schiffen verfrachtet worden sind.

Großbritanniens **Einfuhr von Steinen** (einschließlich Schiefer) hat im letzten Jahre eine nicht unbeträchtliche Abnahme aufzuweisen. Dieselbe bezifferte sich ausweislich der Statistik auf 953 226 Tonnen im Werte von 1 136 269 Pfund Sterling, während sie im Jahre 1913 1 237 781 Tonnen (1 277 701 Pfund Sterling) und im Jahre 1912 1 146 985 Tonnen (1 267 243 Pfund Sterling) betragen hatte. Diese Handelsbewegung wird in den amtlichen Nachweisen folgendermaßen gegliedert:

Art der Ware		Einfuhr 1912	1913	1914
Granit	Tonnen	887 738	1 022 940	791 297
	Pfd. Sterl.	540 345	649 476	558 009
Marmor mit Ausnahme der Kunstgegenstände .	Tonnen	37 443	35 661	37 369
	Pfd. Sterl.	311 936	276 653	268 502
Andere Steine u. Schiefer (einschl. Kalkstein, Oel- und Dachschiefer) . . .	Tonnen	221 804	179 180	154 570
	Pfd. Sterl.	434 961	351 572	314 758

Wie vorstehende Zusammenstellung ersehen läßt, ist in weitaus erster Linie **Granit an diesem Rückgang der Einfuhr beteiligt.** Die rückwärtige Tendenz des Steinimports Großbritanniens tritt noch deutlicher in den uns ebenfalls vorliegenden Dezemberziffern zutage, was als der beste Beweis dafür gelten kann, daß sie auf ungünstige Einwirkungen des Weltkrieges zurückzuführen ist. Ausweislich der Statistik sind im Dezember 1914 (gegenüber 1913) nach Großbritannien eingeführt worden an Granit 28 360 Tonnen (78 561 Tonnen), an Marmor 3526 Tonnen (2556 Tonnen), an andern Steinarten, einschließlich Schiefer, 6091 Tonnen (9576 Tonnen).

Eine Ausfuhr von Steinen wird in der englischen Statistik nicht zum Nachweis gebracht."

Aus der Steinindustrie.

Zur Förderung der bayrischen Granitindustrie. Im Finanzausschuß des bayrischen Landtags fand dieser Tage die allgemeine Erörterung über die Lage von Industrie, Gewerbe und Handel statt. Hierbei wurde von mehreren Seiten auf die **mißlichen Verhältnisse** der verschiedenen Zweige der **bayrischen Natursteinindustrie** hingewiesen und um Abhilfe ersucht. Die **Verwendung von Naturstein müsse gefördert werden.** Um dem Ruin zahlreicher Granitwerke vorzubeugen, solle die Staatsregierung den nachgeordneten Stellen ausgiebigere Verwendung von Granit vorschreiben und die Bauämter und Fachschulen anweisen, den Granit mehr zur Geltung kommen zu lassen. Ferner wurde angeregt, daß die Staatsregierung eine Denkschrift über die bayrischen Bodenschätze vorlegen solle, und zwar in einer Ausstattung, in der sie auch zu Reklamezwecken dienen könne. Zur Hebung der Bodenschätze müsse die Regierung vor allem auch auf die Banken einwirken, damit den Unternehmern das notwendige Geld beschafft werden könne. In seiner Erwiderung führte ein Regierungsvertreter aus, daß die Natursteinindustrie nach Möglichkeit gefördert werde und der Granitindustrie unter Berücksichtigung der übrigen Steinindustrie volles Augenmerk zugewendet würde. Was die seinerzeit beantragte Denkschrift über die bayrischen Bodenschätze anbetreffe, so sei diese 1914 fertiggestellt gewesen, sie könne aber nun wegen des Krieges nicht vorgelegt werden.

Steinvergebungen. **Essen** (Ruhr). Steinmetzarbeiten zum Neubau eines Geschäfts- und Gefängnisgebäudes.

Aalen. Königliche Eisenbahnbauinspektion. 5460 Kubikmeter Kalksteinschotter, 130 Kubikmeter Kalksteinfeinschotter.

Pforzheim. Königlich Württembergische Eisenbahnbauinspektion. 2600 Kubikmeter Bahnschotter aus Muschelkalk.

Calw. Königliche Eisenbahnbauinspektion. 2950 Kubikmeter Bahnschotter aus Muschelkalk.

Fulda. Neubau Oberrealschule. Steinmetzarbeiten in Sandstein und Granit.

Ludwigsburg. Königliche Eisenbahnbauinspektion. Lieferungen von Vorlagsteinen aus Muschelkalk. Kleinschlag und Bahnschotter.

Dirschau. Königliche Eisenbahnbauabteilung. Die Lieferung von gespaltenen Granitbordschwellen und Reihenpflastersteinen.

Leipzig. Bauinspektion des Tiefbauamtes. Steinmetzarbeiten.

Koblenz. Landesbauamt. Basalt- und Grauwacken-Kleinschlag.

Erfurt. Königliches Eisenbahnbetriebsamt I. 300 Kubikmeter Bruchsteine.

Submissionsbilanz. Die Königl. Eisenbahn-Bauabteilung in Dirschau hatte die Lieferung von 870 Meter gespaltenen Granitbordschwellen und 110 Tonnen Reihenpflastersteinen 3. oder 4. Klasse zu vergeben. Es forderten:

R. Rudolf, Görlitz	1466.— Mk.
L. Benner, Breslau	1606.— „
Völker u. Nicolaier, Breslau . .	1749.— „
G. F. Lehmann, Striegau . . .	1772.— „
C. Eulenitz, Striegau	1815.— „
Paul Barnich, Striegau	1837.— „
R. Kirderf Nachf., Tschirnitz . .	1869.— „
A. Kreiter, Striegau	1923.50 „
R. Schall, Breslau	2108.— „
E. Peiser Nachf., Königshain . .	2240.— „
[illegible] Dietrich, Kamenz	2515.— „
[illegible], Leipzig	3181.50 „

Vergleiche man das erste Angebot von 1466 Mk. mit dem letzten von 3181.50 Mk., dann erübrigt sich jeder Kommentar.

Korrespondenzen.

☞ Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, zukünftig mit der Berichterstattung etwas fleißiger zu sein. In den Berichten ist besonders auf den derzeitigen Geschäftsgang hinzuweisen; desgleichen auf die eingegangenen Leistungen seit Kriegsbeginn.

Heppenheim. Die am 17. Oktober stattgefundene Mitgliederversammlung war den Verhältnissen entsprechend gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der beiden Kollegen Gillich und Kg. Schäfer, welche dem schrecklichen Kriege zum Opfer fielen, in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal bekannt. Die Revisoren haben in Ordnung befunden und wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Zur Zusammenlage wurde erklärt, daß es in einigen Betrieben schon zum dritten Male gegeben hat. Während bei der Firma **Sternheimer** dieselbe ganz verschiedenartig ausbezahlt wird. Wir sind der Ansicht, daß es hier nur von dem betreffenden Werkmeister und Polier abhängt, da ja die Firma erklärt hat, sie werde genau so zahlen, wie die andern Firmen. Auch bei der Firma Rüht u. Reimuth (Werkplatz-Heppenheim) wird die Teuerungszulage nicht so bezahlt wie beschlossen wurde. Am Lohntag (2. Oktober) gab es gar keine Zulage und am 16. nur einen Teil. Auch die Werkzeugschmiede erhielten nichts. Wir möchten die Firmen ersuchen, den uns zugeschickten Beschluß, auch strikte durchzuführen, denn bei diesen Lebensmittelpreisen ist eine Zulage geradezu berechtigt. Auch die Fichtelgebirgs-Granitwerke Wunsiedel sollen benachrichtigt werden, in ihrer hiesigen Filiale die Teuerungszulage allen Steinarbeitern zu gewähren. Hierauf Schluß der anregenden Versammlung.

Stettin. Am 19. Oktober fand unsre Mitgliederversammlung statt, die leider schlecht besucht war. Den Kassenbericht vom dritten Quartal erstattete Kollege Ermacora. Einnahme inklusive Kassenbestand vom vorigen Quartal 836.10 Mk., Ausgabe 391.53 Mk., wovon 304.95 Mk. an die Hauptkasse gesandt wurden; bleibt ein Kassenbestand am 1. Oktober von 444.75 Mk. Für Familienunterstützung wurden durch Extrabeiträge 122.65 Mk. eingenommen und 111.50 Mk. an Kriegerfrauen ausgegeben; bleibt ein Familienfonds von 11.15 Mk. Die Revisoren bestätigten, Bücher und Kasse in Ordnung befunden zu haben; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Als Revisor für den eingezogenen Kollegen Schubert wurde Kollege Borwig gewählt.

Weil unser Volkshaus sich in schwieriger finanzieller Lage befindet, hat die Kartellversammlung beschlossen, eine Extrasteuer von 1 Mk. pro Mitglied zu erheben. Es werden Marken zu diesem Zwecke vom Kartellvorstand ausgegeben. Jeder Kollege hat laut Versammlungsbeschluß 4 Marken à 25 Pfg. bis zum 1. November zu kleben. Zu einer Aussprache mit den Unternehmern wurde eine Kommission von fünf Kollegen gewählt. Zwischen den im Felde stehenden Kollegen und der Ortsverwaltung fand ein reger Verkehr statt; ebenfalls wird unser Fachorgan regelmäßig an die im Felde stehenden Kollegen gesandt. Die Konjunktur kann als gut bezeichnet werden, arbeitslos war bisher keiner. Mit der Beitragszahlung nehmen es leider ein paar Kollegen nicht sehr genau. Wir möchten die säumigen Kollegen an dieser Stelle an ihre Pflichten dem Verband und den im Felde stehenden Kollegen gegenüber erinnern. Der Vorsitzende bedauerte den schlechten Versammlungsbesuch und forderte die Kollegen auf, in nächster Versammlung vollzählig zu erscheinen, weil Tariffragen erörtert werden sollen.

Was denkt der Schuft?

Es zogen Sechzigjährige hinaus
Und trugen, jung gestraft, des Kriegs Beschwerde.
Die hart verdiente Kuh' verschmähten sie
Und lösten sich vom liebgewohnten Herde.
Sie dachten: Unser Leben blüht von vorn! —
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie wuch're ich mit meinem Korn?

Es stürmten Sechzigjährige zum Kampf
Und dachten nicht, im Mutterarm zu warten.
Ein ganzes Leben — ihnen galt's so viel,
Um Breschen auszufüllen oder Scharten.
Sie dachten: Wer vorm Feinde fällt, stirbt nie!
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie hoch verschach're ich mein Vieh?

Und Mütter setzten in das grause Spiel
Drei Söhne, vier und mehr, so viel sie hatten;
Sie zahlten in den Schatz des Vaterlands
Mit Kindesblut und mit dem Blut des Gatten.
Sie dachten: Siegt mein Volk, so lohnt der Kauf!
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie treib ich meinen Zins hinauf?

Und kommen wird der Tag, da Blumen blühn
Aus jedem Grab, in das ein Glück versank,
Und kommen wird der Tag, da Aehren stehn
Auf jedem Grund, der Blut und Tränen trank,
Und Deutschland preist sein eisernes Geschick!
Was denkt der Schuft?
Er denkt nicht mehr, er hängt, wills Gott, am Strick.

Otto Ernst.

Literarisches.

„Kommunale Praxis". Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Jede Woche ein Heft. Abonnements pro Quartal 3 Mark, Einzelhefte 30 Pfg. pro Exemplar. Bestellungen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen, Spditionen sowie direkt beim Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Soeben beginnt ein neues Quartal dieser von Dr. Albert Südekum redigierten Wochenschrift. In immer weitere Kreise dringt diese Zeitschrift, die den Gemeindevertretern, Stadtverordneten, den städtischen Ehrenbeamten sowie allen sonstigen Kommunalpolitikern mit Rat und Tat zur Seite steht.

Wer die „Kommunale Praxis" noch nicht kennt, sollte jetzt unverzüglich ein Probeabonnement bestellen. Alle Interessenten des weiten Gebietes der Kommunalpolitik, die die „Kommunale Praxis" einmal kennen gelernt haben, können sie heute nicht mehr entbehren.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Folgende Zahlstellen haben die Abrechnung vom 3. Quartal noch nicht eingesandt:

1. Gau: Waren.
2. Gau: Dürr-Ernsdorf, Görlitz, Hanswalde.
3. Gau: Greiz, Landsberg, Naumburg, Treuen, Schmalkalden, Burgen.
4. Gau: Adelebsen, Karlshafen, Kelbra, Minden, Osnabrück.
5. Gau: Blombacherbach, Bochum, Bonn, Koblenz, Krefeld, Essen, Flonheim, Kesselbach, Niedermendig, Rüthen.
6. Gau: Alsenz, Bensheim, Dürkheim, Gebweiler, Höchst, Ochsenburg (auch vom 2. Quartal), Pforzheim, Rammelsbach, Saarbrücken, Schmie (auch vom 2. Quartal), Speier, Tiefenbach, Zwingenberg (auch vom 2. Quartal).
7. Gau: Blaueberg, Regensburg, Ruhmannsfelden.
8. Gau: Dietenhahn, Fauerbach, Frickenhausen, Heilbronn, Kembach, Kolburg, Kronach, Münnerstadt, Neuenstein, Rieden, Röllfeld, Ulm.

Es ist tief bedauerlich, daß die Ortsverwaltungen so schlecht ihres Amts walten. Wir meinen, daß es gerade während des Krieges Ehrensache der Ortsverwaltungen sein müßte, der Hauptverwaltung das Arbeiten zu erleichtern. Es ist eine alte Erscheinung, wenn die Zahlstellen an die Hauptkasse Forderungen zu stellen haben, so wissen die Funktionäre ganz genau, welche Rechte das Statut den Kollegen erteilt. Aber wenn die ordnungsgemäße Verwaltungsarbeit der Zahlstellen in Betracht kommt, dann wissen viele Funktionäre leider nicht, was Ordnung heißt. Unter den veröffentlichten Zahlstellen befinden sich solche, von denen man wahrhaftig eine andre Geschäftsführung erwarten könnte. Die Bekanntmachungen des Zentralvorstandes in den Nummern 38 und 40 des „Steinarbeiter" sind hierbei besonders zu beachten.

Quittung.

Vom 18. bis mit 30. Oktober gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein:

Neujorg 3.12. Metten 121.36. Kottenheim 10.88. Posen 5.—. Regenborn 15.16. Dortmund 44.85. Braunschweigshafen 4.90. Hildesheim 6.—. Meißen, Ins. 2.—. Frankfurt a. M., Ins. 12.—. Augsburg 74.01. Göttingen 41.66. Grünsfeld 62.54. Giersdorf 19.04. Königshain 176.18. Osterode 82.13. Löbau 626.65. Landsberg 59.—. Marktbreit 60.18. Maulbronn 47.66. Ochsenfurt 52.21. Riesa 2.97. Reinheim 0.76. Reisenhausen 19.72. Randersacker 209.64. Winterhausen 55.21. Zinnhain 13.67. Tegernau 20.74. Nimbach 15.39. Oberpeilau 172.39. Obermörln 28.20. Niederlinda 12.35. Lützberg 38.36. Zphofen 81.80. Herrenhaide 58.14. Floß 182.70. Frankfurt a. M. 92.49. Ebendorf 67.45. Darmstadt 80.—. Bruckmühl 28.75. Berlin 930.—. Göppingen 6.76. Hasenthal 44.34. Löbejün 62.50. Dresden-Pirna 1565.52. Tilsit 4.20. Langelsheim 7.20. Kirchheim 259.72. Karlsruhe 82.54. Heigenbrücken 78.91. Becke 45.60. Einbeck 87.30. Hemsbach 37.30. Ulm 72.72. Eisenberg 4.50. Hameln, Ins. 2.—. Meißen, Ins. 2.—. Leipzig, Ins. 8.73. Oberdorla 19.46. Kleinrinderfeld 62.67. Hemerau 26.15. Elgershausen 40.16. Eiterhagen 18.20. Eibelstadt 21.01. Bertheldsdorf 61.50. Dettenhausen 62.76. Jannowitz 54.[illegible]. Kreuznach 23.60. Lauban 56.90. Liegnitz 20.71. Mülhausen i. E. 30.40. Sebnitz 40.32. Stuttgart 46.40. Heidelberg 19.96.

In Vertr.: Hugo Walther.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Langensalza. Der Steinmetz Gustav Hö[illegible]kampf, geb. 15. Oktober 1881 zu Heidersdorf, ist von hier abgereist und hat seine Interimskarte in größter Unordnung liegen lassen. Derselbe versteht es, durch sein Gebrechen bei den Kollegen Mitleid zu erwecken, dabei zieht er sie in der raffiniertesten Weise aus.

Ferd. Krach, Kass., Langensalza-Ufhoven, Schulstr. 17.

Königsbrück i. Sa. Wir warnen vor dem Steinarbeiter Sebastian Ram, geb. in Nabburg i. Bayern. Derselbe ist von hier abgereist und hat es fertiggebracht, den Logiswirt, die Kantine, einige Gastwirte und Kollegen um ganz erhebliche Beträge zu prellen. Eventueller Aufenthalt des pp. Ram erwünscht.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Königsbrück.
Erwin Söhnel, Hohlweg 224.

Adressen-Aenderungen.

Einbeck. Vors. u. Kass.: Jos. Schmid, Tidexer Str. 38.
Gommern. Vors. u. Kass.: Christ. Grunert, Dornburger Straße 3.
Königsberg. Vors. u. Kass.: Otto Kell, Sedanstr. 8.
Liegnitz. Vors. u. Kass.: Rob. Näpel, Gerichtsstr. 23b, III.
Niederlinda. Vors. u. Kass.: Louis Freza.
Wunsiedel. Vors. u. Kass.: Christ. Rößler, Breitenbrunn.

Anzeigen

Tüchtiger Granitschleifer
im Hand- und Maschinenschleifen findet sofort Stellung als Schleiferpolier. — Angebote sind zu richten unter J. K. an die Expedition des „Steinarbeiters".

☞ Gesucht werden zum sofortigen Eintritt: ☜
1 Steinmetzpolier, 1 Montage-Vorarbeiter
Steinmetzen für Granit
Handschleifer für Granit
1 Werkzeugschmied für Granit.
Rupp & Moeller, Karlsruhe.

Granitsteinmetzen
stellt für dauernde Winterarbeit bei hohem Akkordlohn sofort ein
Meissen-Zscheilaer Granitwerk (Georg Wolf)
Meissen-Zscheila i. Sa.

20 tüchtige Steinmetzen auf Granit
sucht die Firma
Daul & Tollert, Beucha b. Leipzig.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:

Wilhelm Kupka, 36 Jahre alt; **Johann Kupp,** 35 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle Striegau.
Arnold Kretschmer, 30 Jahre alt; **Willi Henschel,** 20 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle Oberpeilau.
Jakob Gimpel, 37 Jahre alt, aus der Zahlstelle Kirschhausen i. Odenwald.
Hilmar Vielmuth, 30 Jahre alt, aus der Zahlstelle Steinach (S.-M.).
Hermann Harter (Vizefeldwebel), 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle Seebach i. B.
Edwin Kahtoling, 20 Jahre alt, aus der Zahlstelle Einbeck.
Paul Scholz, 31 Jahre alt; **Hermann Raabe,** 28 Jahre alt; **Paul Obst,** 38 Jahre alt; sämtlich aus der Zahlstelle Striegau.
Georg Steiler, 31 Jahre alt, aus der Zahlstelle Frankfurt a. M.
Paul Kölbel, 38 Jahre alt, aus der Zahlstelle Dresden-Pirna.
Ernst Monde, 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle Kamenz.

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigungsformular ausgefüllt wird).

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Kirchheim am 27. Oktober der Muschelkalk-Steinmetz **Peter Treu,** 39 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In Rückers am 29. Oktober der Sandstein-Steinmetz **Anton Soyer,** 39 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.